



Mitteilung der Kommunistische Partei Deutschlands

Keine Illusionen in SPD und Grüne

Zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 2021

Der große Sieger der diesjährigen Bundestagswahlen stand schon lange vor dem amtlich verkündeten Endergebnis fest: Die bundesdeutsche Monopolbourgeoisie. Und dies obwohl die größte der Monopolparteien, die CDU/CSU, ihr historisch schlechtestes Bundes-Wahlergebnis seit Bestehen der BRD mit unter 25 Prozent der abgegebenen Stimmen eingefahren hat. Auf dem Gebiet der annektierten DDR fällt sie in ihrer Bedeutung auf Platz drei der Wahlparteien (nach SPD und AfD) zurück. Aber dies ist kein Grund zur Freude. Denn die ganz große Koalition der Monopolparteien von der faschistischen AfD (mit der noch keine andere Partei zusammenarbeiten möchte) über die CDU/CSU, FDP, die Grünen und SPD hat im neuen Bundestag mit über 85 Prozent der Wählerstimmen eine satte Mehrheit. Sie alle hängen dem neoliberalen Lügenmärchen an, nach dem Motto: Der Staat (also vornehmlich die Regierung) setzt den gesetzlichen Rahmen fest und das freie Spiel der Marktkräfte wird dann schon alles regeln. Vom „gerechten“ Lohn, der Rente von der man leben kann, dem „sicheren“ Arbeitsplatz bis hin zur Lösung der „Coronakrise“, der „Klimakrise“, der „Wohnungskrise“, der Wirtschaftskrise sowie all den anderen tausend leeren Versprechungen der bürgerlichen Politikern, die dann schon am Wahlabend (angeblich wegen Rücksicht auf mögliche Koalitionspartner) nicht mehr gehalten werden. Eine grundsätzliche andere, wirkliche Lösung dieser Probleme, die erst der Sozialismus bringen kann, interessiert diese bürgerlichen Monopolparteien erst gar nicht. Die reformistische Spielart eben dieser Politik stellt die Partei „Die Linke“ dar, die aber aufgrund ihrer Abstrafung durch die Wähler (Verlust von 4,2 Prozentpunkten im Vergleich zur 2017er Wahl) hart an der Fünfprozenthürde um den Einzug in den neuen Bundestag bangen muss. Welche Koalition dann die Regierung stellt und wer damit letztendlich Bundeskanzler wird (Olaf Scholz als Chef einer Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP oder Armin Laschet mit einer CDU/CSU, Grünen und FDP Jamaikakoalition) entscheiden die vor den Wählern nicht öffentlichen Sondierungsrunden und Koalitionsverhandlungen. Allgemeiner Konsens aller dieser bürgerlichen Parteien ist, dass die Wettbewerbsfähigkeit und Exportorientierung des deutschen Monopolkapitals gestärkt werden muss. Wohin das Geld des Staatshaushalts und der Schuldentilgung dann fließt, ist aber auch heute schon klar: In die prallen Kassen der deutschen Monopolkonzerne, für Aufrüstung, angeblich bessere Infrastruktur, „klimaneutrale“ Stromversorgung, gut ausgebildete und billige Arbeitskräfte etc. Diese Summen fließen dann direkt in die Kassen der 138 Milliarden, die es 2021 in Deutschland gab (35,2 Prozent

mehr als im vergangenen Jahr) und die alle mit einem Monopol verbunden sind. Sie alle haben ein Gesicht, Namen und Anschrift: Familie Albrecht (Aldi, 39,2 Mrd. US-Dollar), Dieter Schwarz (Lidel, 19,8 Mrd. US-Dollar), Susanne Klatten (BMW, 27,7 Mrd. US-Dollar), Klaus-Michael Kühne (Kühne+Nagel, 26,3 Mrd. USDollar), Stefan Quandt (BMW, 21,6 Mrd. US-Dollar), Reinhold Würth (Würth Group, 16,8 Mrd. US-Dollar), Georg Schäffler (Schäffler Group, 14,9 Mrd. US-Dollar), Alexander Otto (Otto Group & ECE Group, 11,8 Mrd. US-Dollar) usw. (Quelle: Forbes, Die reichsten Deutschen 2021) Illusionen in SPD und Grüne, dass bei deren Regierungsbeteiligung etwas positives für die Masse des Volkes herauskommen könnte, sollte man sich allerdings nach den Erfahrungen mit der rotgrünen Schröder-Fischer-Bundesregierung (1998-2005) nicht hingeben (zumal ja jetzt auch die marktradikale FDP mit im Boot sitzen müsste). Für die Massen der einfachen Menschen sah die Bilanz dieser rotgrünen Bundesregierung so aus: Hartzgesetze (mit Legalisierung von Zeit- und Leiharbeit, massiver Ausweitung des Niedriglohnssektors, Hartz IV Terror gegen Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger, Ausweitung der (Lebensmittel-)Tafeln ...), Führung des völkerrechtswidrigen NATOAngriffskrieges gegen Jugoslawien 1999 und Beteiligung am sog. „Krieg gegen den Terror“ mit der militärischen Besatzung Afghanistans seit 2001, Weltmeister bei Waffenexporten ... Der Klassenkampf in der BRD wird sich daher verschärfen und der Kampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg durch die Kommunistische Partei Deutschlands wird in diesen Zeiten eine immer wichtiger werdende Notwendigkeit. Vielleicht gelingt es ja vor allem aus dem Lager der 24 Prozent der Wahlberechtigten, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht gewählt haben, sowie den nicht wahlberechtigten (Arbeits-)Migranten Mitkämpferinnen und Mitkämpfer für den Weg des Sozialismus in Deutschland zu gewinnen.

Berlin, den 27.09.2021